



## >> NEWSLETTER AUS MADRID

### >> *Reaktionen aus Spanien auf die neue deutsche Regierung*

Nachdem José Luis Rodríguez Zapatero am Tag nach den Bundestagswahlen noch Gerhard Schröder zu seinem Erfolg gratuliert und Angela Merkel und der CDU ein Scheitern bescheinigt hatte, sprach der Regierungschef jetzt der frisch gewählten Bundeskanzlerin seine Glückwünsche aus. Die spanische Regierung hatte sich beeilt, unter den ersten Gratulanten zu sein, um die peinliche Scharte des Regierungschefs auszuwetzen. Im spanischen Parlament war Zapatero von der oppositionellen Volkspartei und



dem Vorsitzenden des Auswärtigen Ausschusses, Josep Duran i Lleida (UDC, hier im Foto mit Bundeskanzlerin Angela Merkel am 27. November 2005 in Barcelona), für seinen Tritt ins diplomatische Fettnäpfchen stark kritisiert worden. Neben den Glückwünschen zur Kanzlerschaft von Angela Merkel betonte ein Sprecher Zapateros, man sei davon überzeugt, dass Spanien und Deutschland ihre „ausgezeichneten“ Beziehungen auch künftig fortsetzen würden. Zudem hoffe die spanische Regierung, Angela Merkel auf dem

Gipfeltreffen der EU-Staaten und der Mittelmeeranrainer am 27. und 28. November in Barcelona begrüßen zu können.

Auch die spanische Volkspartei gratulierte der neuen deutschen Bundeskanzlerin zu ihrem Erfolg. Neben Parteichef Mariano Rajoy schickte auch der ehemalige Ministerpräsident José Maria Aznar



(Foto) ein Glückwunschs Schreiben. Darin lobte er das „Durchsetzungsvermögen, den Mut und die Klarheit der Ideen“, die Angela Merkel im Laufe ihrer politischen Karriere gezeigt habe und die jetzt ihre Früchte tragen würden. Aznar verließ seinem Wunsch Ausdruck, dass die neue Regierung die notwendigen Reformen in Deutschland durchführen und damit auch für eine neue Dynamik in ganz Europa sorgen werde.

Über die Reaktionen der politischen Parteien hinaus ist das positive Echo in den spanischen Medien bemerkenswert. Es scheint, als ob in Zeiten großer politischer Spannung im eigenen Land – insbesondere im Zusammenhang mit dem katalanischen Autonomiestatut – ganz Spanien bewundernd auf die von Bundeskanzlerin Merkel geführte

Große Koalition in Deutschland schaut. So lobt die liberale Tageszeitung El Mundo in ihrem Kommentar „Eine beneidenswerte große Koalition“ die Verständigungsbereitschaft der beiden großen deutschen Volksparteien.

## >> **Spanien feiert dreißig Jahre parlamentarische Monarchie**



Am 22. November vor 30 Jahren bestieg König Juan Carlos I nur zwei Tage nach dem Tod Francos, der das Land fast vier Jahrzehnte lang mit eiserner Faust regiert hatte, den spanischen Thron. Schon in seiner Antrittsrede machte Juan Carlos, der vom Militärdiktator selbst als sein Nachfolger auserkoren war, unmissverständlich klar, dass er Spanien wieder in eine Demokratie überführen wolle. Haftete ihm bei der Thronübernahme noch der Makel an, vom Militärregime eingesetzt worden zu sein, so erwarb sich der Monarch in der Folgezeit erhebliche Verdienste um die spanische Demokratie. Als Integrationsfigur hatte er maßgeblichen Anteil daran, die Anhänger des Franco-Regimes und seine Gegner auszusöhnen. Nur so konnte nach dem Ende der Diktatur die unter Einbeziehung aller Seiten paktierte demokratische „Transition“ mit der Verfassung vom Dezember 1978 erfolgreich abgeschlossen werden konnte. Auch in den Folgejahren

trug der Monarch wesentlich zur Konsolidierung der jungen und von Umsturzversuchen bedrohten spanischen Demokratie bei. So beispielsweise 1981 bei einem Putschversuch von Offizieren der Streitkräfte, die offensichtlich auf die Rückendeckung des Königs gehofft hatten. Juan Carlos stellte sich aber klar hinter die demokratische Verfassung und zog den Großteil der Militärs auf seine Seite, so dass der Putsch scheiterte. Nicht zuletzt deswegen genießt der König bei seinen Landsleuten eine Popularität, von der die Politiker des Landes nur träumen können.

In einer von der Tageszeitung El Mundo veröffentlichten Umfrage bezeichneten 72,5 Prozent der Befragten die Monarchie in Spanien als konsolidiert. 73,5 Prozent sind der Meinung, die Monarchie sollte auch nach Juan Carlos I fortgeführt werden. Über 80 Prozent vertreten die Ansicht, dass das Handeln des Königs für die Wiederherstellung der Demokratie unentbehrlich gewesen ist. Auch heute noch schreibt ein Großteil der Bevölkerung dem König eine entscheidende Rolle zu. 41,3 Prozent der Befragten sind der Meinung, dass Juan Carlos die Politik Spaniens beeinflusst. Auch die Mehrzahl der Medien, der politischen Kommentatoren, Historiker und Vertreter der politischen Parteien nahm das Jubiläum zum Anlass, die Rolle des Königs im Demokratisierungsprozess sowie seine Bedeutung für Spanien heute zu würdigen. Juan Carlos selbst stellte die eigene Person da-

gegen in den Hintergrund; auf pompöse Feiern wurde bewusst verzichtet. Stattdessen nutzte der Monarch die Gelegenheit, in einer Ansprache die Prinzipien von „Konsens, Harmonie und Versöhnung“ als Grundlage der Verfassung von 1978 in Erinnerung zu rufen. Das Staatsoberhaupt spielte dabei auf die konfliktgeladene Debatte um das katalanische Autonomiestatut an und mahnte, dass diese Werte auch der beste Garant für die Zukunft eines „geeinten und pluralistischen Spaniens“ seien. Obwohl sich Juan Carlos mit allzu kritischen Äußerungen zu den Unabhängigkeitsbestrebungen verschiedener Autonomieregionen zurückhält, ist der König als Symbol der Einheit Spaniens den Nationalisten im Baskenland und Katalonien ein Dorn im Auge. Daher war es nicht verwunderlich, dass neben dem baskischen Regierungschef Juan José Ibarretxe (PNV) auch die katalanischen Linksnationalisten (ERC) ihre Teilnahme an der offiziellen Jubiläumsfeier absagten. Die Vertreter der Vereinigten Linken (IU), neben der ERC wichtigster parlamentarischer Partner der Regierung Zapatero, folgten dem Beispiel und brüskierten das [spanische Königshaus](#) mit einer barschen Zurückweisung der Einladung.

### >> **Caixa-Affäre: Montilla weiter unter Druck**

Der Finanzskandal der katalanischen Sozialisten (PSC) zieht weiter Kreise. Im Zentrum der Kritik steht der PSC-Generalsekretär und

Industrieminister José Montilla (Foto), der in der Kontrollsitzung im



spanischen Parlament heftige Angriffe der Opposition zu bestehen hatte. Montilla, dessen Partei von der katalanischen Großbank Caixa Schulden in Höhe von 6,5 Millionen Euro erlassen wurden, wird vorgeworfen, eine für die Caixa vorteilhafte Übernahme im Energiesektor zu unterstützen (vgl. auch KAS-Newsletter aus Madrid, Nr. 38/2005). Die Zuständigkeit für die Frage, ob die geplante Fusion von Gas Natural und Endesa zulässig ist, liegt nämlich beim Industrieministerium. Caixa hat als Hauptaktionär von Gas Natural ein starkes Interesse daran, dass die Übernahme zustande kommt. Montilla selbst ist sich indes keines möglichen Interessenkonflikts bewusst und lehnte die anhaltenden Rücktrittsforderungen der Volkspartei ab. Für die erlassenen Kredite der Caixa gebe es keine Gegenleistungen von seiner Seite. Die Kredite seien weder irregulär, noch illegal oder versteckt gewesen, erklärte der Industrieminister. Die Volkspartei sieht das jedoch anders und warnt vor einem Wiederaufleben der Korruption in Spanien. Erste Umfragen signalisieren, dass es auch ein Großteil der Spanier befürwortet, Montilla abzulösen. So sprachen sich in einer von El Mundo veröffentlichten Umfrage 47,5 Prozent der Befragten für einen Rücktritt aus. Sogar unter den PSOE-Anhängern ist rund ein Drittel dieser Ansicht.

## >> **EU-Finanzplan: Geheimdeal zwischen Zapatero und Barroso?**

Während der Industrieminister José Montilla weiter um sein politisches Überleben in Spanien kämpfen muss, trägt die Volkspartei einen offenen Streit mit dem EU-Kommissionspräsidenten José Manuel Durão Barroso über die Entscheidung der Kommission aus, sich nicht in die umstrittene Übernahme der Endesa durch das in Katalonien ansässige Energieunternehmen Gas Natural einzumischen. Die PP, die eine Monopolstellung im Energiesektor durch Gas Natural befürchtet, hat über ihren Abgeordneten Vicente Martínez Pujalte den Verdacht geäußert, Durão Barroso und Ministerpräsident Zapatero hätten sich während eines „Geheimtreffens“ am 6. November in Madrid geeinigt, die Übernahme von Endesa nicht durch die Europäische Kommission prüfen zu lassen. Im Gegenzug, so die PP, soll Zapatero Zugeständnisse hinsichtlich der Kürzung der Kohäsionsfonds für Spanien nach 2006 eingeräumt haben.

Der Chef der spanischen PP-Gruppe im Europäischen Parlament, Jaime Mayor Oreja (Foto), forderte daraufhin von Durão Barroso eine Erklärung zum Inhalt seines Geheimgesprächs mit Zapatero. Er habe eine mündliche und acht schriftliche Fragen an den Kommissionspräsidenten, u.a. ob



das Treffen in Madrid offiziell oder privat war, und ob Wettbewerbskommissarin Neelie Kroes und Energiekommissar Andris Piebalgs eine Regulierung der Übernahme von Endesa durch Brüssel unterstützen. Durão Barroso dementierte am Donnerstag vergangener Woche jegliche politische Einflussnahme auf die Entscheidung. Sie sei rechtens und es gebe keinen Zusammenhang mit dem künftigen EU-Haushalt. Der Streit sei eine innerspanische Angelegenheit, welche die Europäischen Institutionen nicht kontaminieren solle, so Durão Barroso.

## >> **PSOE in der Breddouille: Reaktionen auf sinkende Umfragewerte**

Auf der Sitzung des Parteipräsidiums in der vergangenen Woche analysierten die PSOE-Spitzen den dramatischen Populartätsverlust, der in den letzten Umfragen deutlich geworden war. Beschlossen wurde eine breit angelegte Imagekampagne, um die „Erfolge“ der Regierung insbesondere in der Sozial- und Gesellschaftspolitik in den Blickpunkt der Öffentlichkeit zu rücken. Auf diese Weise erhofft man sich, den negativen Umfragetrend stoppen zu können. Regierungschef Zapatero rief seine Partei zur Geschlossenheit auf und erklärte kämpferisch, seine Regierung lasse sich weder von der Volkspartei noch durch Umfragen stoppen. Vor zwei



Wochen hatte das renommierte Meinungsforschungsinstitut CIS eine Umfrage veröffentlicht, wonach die Volkspartei erstmals seit den Parlamentswahlen vom März 2004 wieder gleichauf mit der PSOE liegt. Die Volkspartei kommentierte die hektischen Reaktionen aus der PSOE-Parteizentrale als deutliches Zeichen für einen Zerfall der Regierung.

### >> **Prozessauftakt gegen ETA-Organisationen**

In der vergangenen Woche hat vor dem Obersten Strafgericht in Madrid der seit Jahren größte Prozess gegen 56 Personen begonnen, die angeklagt sind, Mitglieder diverser Organisationen zu sein, die der baskischen Terrororganisation ETA angehören sollen. Die Staatsanwaltschaft vertritt die Auffassung, dass die radikal-nationalistischen baskischen Organisationen KAS, EKIN und XAKI als Teil der ETA von den Terroristen kontrolliert und für ihre Zwecke eingesetzt werden.



Obwohl diese Organisationen schon seit langem unter dem Verdacht stehen, im Auftrag der ETA Attentate durchgeführt zu haben, fiel den Gerichten bisher die Beweisführung aufgrund fehlender Dokumentation schwer.

Radikale Nationalisten aus dem Baskenland haben zwischenzeitlich angekündigt, den Prozess als Plattform für ihre Forderungen nutzen zu wollen. Diese gaben sie auch in der vergangenen Woche durch ein

Kommuniqué an die britische BBC bekannt. Demnach wird nicht von Waffenstillstand oder Gewaltverzicht gesprochen, sondern erstmals auch von der Forderung von Kollektivrechten für die katalanische Nation. Die Regierung Spaniens müsse im Rahmen der Debatte um das territoriale Staatsmodell endlich den „Hauptwiderspruch“ lösen: die Anerkennung der Kollektivrechte für die zwei Nationen Baskenland und Katalonien.

### >> **Verhandlungen um Autonomiestatut verlaufen schleppend**

Das von Finanz- und Wirtschaftsminister Pedro Solbes (oben im Foto mit Regierungschef Zapatero) vorgeschlagene und von Regierungschef Zapatero unterstützte Finanzierungsmodell bremst die parlamentarischen Verhandlungen des Autonomiestatuts.



Ein Finanzierungsmodell, das für Katalonien gelte, müsse auch auf alle anderen Regionen anwendbar und ausdehnbar sein, argumentierte der Wirtschaftsminister. Die katalanische Regierung und CiU lehnen diese Gleichstellung jedoch ab und pochen weiter auf eine finanzielle Sonderstellung Kataloniens.

ERC-Chef Josep Lluís Carod Rovira warnte die Regierung in Madrid und wies darauf hin, dass Ministerpräsident Zapatero die Unterstützung der ERC verlieren werde, wenn das Statut im Madrider Par-

lament keine Mehrheit bekäme. Dadurch würden auch in Katalonien Neuwahlen notwendig, die zu einem Fall der linksnationalistischen Dreierkoalition führen würden. Letztendlich bedeute dies auch das Ende der Regierung von Zapatero, denn er verliere damit die Unterstützung der Regionalparteien in Katalonien und im Baskenland, so dass vorgezogene Parlamentswahlen in Spanien die Konsequenz wären. Mit der Ablehnung des Statuts, so Carod Rovira, vergrößere sich die „geistige Distanz“ zwischen Katalonien und Spanien, so dass es am Ende keinen anderen Ausweg für Katalonien gäbe, als die Unabhängigkeit von Spanien anzustreben.

## >> **PP-Jugend eröffnet landesweite Kampagne für die Einheit Spaniens**



Unter dem Motto „Wir alle sind Teil desselben Herzens“ schaltet sich die Jugendorganisation der Volkspartei, „**Neue Generationen**“ (NNGG), in die durch das katalanische Autonomiestatut ausgelöste Debatte über die Zukunft des spanischen Staatsmodells ein. Ziel der landesweiten Aktion ist es, ein „plurales, geeintes und solidarisches Spanien“ zu verteidigen, betonte die NNGG-Vorsitzende Carmen Fúnez. Verteilt werden etwa Aufkleber und Postkarten, auf denen die Bürger Nachrichten an Regierungschef Zapatero verfassen sollen.

## >> **Geheime Gefangenentransporte der CIA auch über Portugal?**

Der portugiesischen Tageszeitung *Diário de Notícias* zufolge sollen verdächtige Flüge der CIA auch über Portugal erfolgt sein. Zwischen 2002 und 2004 soll die CIA bis zu 34 verbotene Transporte vermeintlicher islamistischer Terroristen durchgeführt haben. Bei einem Flug im November 2003 besteht der dringende Verdacht, dass die CIA den US-Stützpunkt auf den Azoren für einen Flug nach Guantanamo Bay genutzt hat. Außenminister Diogo Freitas do Amaral (Foto), der als Kritiker der US-Administration gilt, betonte, es gebe zwar keine konkreten Anhaltspunkte, das Verteidigungsministerium habe jedoch eine Untersuchung anberaunt.



### Impressum:

Konrad Adenauer Stiftung e. V.  
Außenstelle Madrid  
Inhaltlich Verantwortlich:  
Michael Däumer  
Zusammengestellt:  
Stefan Reith  
Lucia Fariña  
Ricarda Otte  
Design: Normann Kreuter  
Postanschrift:  
Paseo de la Castellana 167  
28046 Madrid, España  
Tel: (+34) 91 579 61 86  
Fax: (+34) 91 571 86 12  
Email: [Hkasmad@gmx.net](mailto:Hkasmad@gmx.net)  
Web: [Hwww.kas.de/espana](http://Hwww.kas.de/espana)